Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige. Redaktion, Druck u. Verlag von R. Graßmann. Sprechstunden nur von 12–1 Uhr. Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Sonnabend, den 23. April 1881. Nr. 187.

Deutschland.

Berlin, 22. April. Dem im Abendblatt erwähnten Ministerwechsel in Baden scheinen tiefer liegende prinzipielle Differenzen zwischen der Regierung und der liberalen Kammermehrheit oder innerhalb der letzteren selbst nicht zu Grunde zu liegen. Den Anstoß zur Krisis haben vermuthlich die Organisationsveränderungen gegeben, von denen wir gleichfalls bereits Mittheilung machten. Das Handelsministerium ist, entsprechend dem Wunsche der Kammern nach Vereinfachung der Staatsverwaltung, aufgehoben worden. Das Eisenbahnwesen fällt ans Finanzministerium, die anderen Geschäftszweige ans Ministerium des Innern. Dieses wird durch Abgabe einiger Materien aus Justizministerium entlastet. Die Geschäfte des Ministeriums des großherzoglichen Hauses wurden vom Justizministerium ans Staatsministerium übertragen. In Folge solch umfassender Neueinrichtungen haben die Minister dem Großherzog ihre Portefeuilles zur Verfügung gestellt. Nach einem Telegramm der „Köln. Ztg.", kann mit Bestimmtheit versichert werden, daß trotz des theilweisen Wechsels der bisher an der Regierung theilnehmenden Personen die leitenden Grundsätze der bisherigen Regierungspolitik unverändert fortbestehen werden." Dafür spricht auch die Thatsache, daß der seitherige Präsident des Ministeriums, Turban, dem das Portefeuille des Innern übertragen wurde, mit der Neubildung des Kabinets betraut worden ist.

Berlin, 22. April. Die „National-Zeitung" schreibt:

Aus Wien wird uns gemeldet, daß eine russische Cirkularnote daselbst gestern eingetroffen ist. Die russische Regierung schlägt inhaltlich derselben eine Konferenz der Mächte behufs Ergreifung von Maßnahmen gegen die internationale Revolution vor. Aus dieser Nachricht ist zu schließen, daß eine gleiche Aufforderung wie an Oesterreich auch an die übrigen Mächte ergangen ist. Man darf weiter annehmen, daß die Besprechungen einer förmlichen Note jedenfalls vorausgingen, die Geneigtheit wenigstens einer Anzahl von Regierungen konstatirten, der Idee eines solchen Kongresses näher zu treten. Ein russisches Blatt, der „Mosk. Tel." will wissen, daß der österreichische Botschafter am Petersburger Hof, Graf Kalnoky de Köröspatek in diesen Tagen der russischen Regierung offiziell mitgetheilt haben soll, daß das Wiener Kabinet mit dem Petersburger Kabinet die gleichen Ansichten bezüglich der Maßregeln theile, die gemeinsam gegen die Anarchisten zu ergreifen sind, die sich in einzelnen Ländern, in denen das Asylrecht besteht, aufhalten. Die Ansicht der russischen Regierung in dieser Frage hatte dem Wiener Kabinet der russische Botschafter, Geheimrath von Oubril übermittelt. Es unterliegt wohl auch keinem Zweifel, daß das Vorgehen der russischen Regierung im Einverständniß mit der deutschen Regierung erfolgt ist. Welches die Aufgaben einer solchen Konferenz sein sollen, darüber wird man nähere Mittheilungen abwarten müssen. Die Windthorst'sche Resolution, wie sie im deutschen Reichstage zur Annahme gelangte, bezeichnet das Gebiet, auf welchem die Gesetzgebung thätig zu werden bereit ist.

Inzwischen kommen aus verschiedenen Ländern Nachrichten, daß Rußland auch noch weiter und auf eigene Hand vorgeht. Es ist ohne Widerspruch zu finden mitgetheilt worden, daß Rußland die Auslieferung Hartmanns in London betreibt. Die Revolutionirung von Südrußland, dessen Zustände sehr bedenklich sind, wird nach der Ansicht der russischen Regierung von der Moldau aus betrieben. Es ist seiner Zeit mitgetheilt worden, daß die russische Regierung die Anerkennung Rumäniens als Königreich suspendire, bis ihren Forderungen wegen Maßregeln gegen die Nihilisten entsprochen sein würde. Diese Nachricht hat sich vollinhaltlich bestätigt; Rußland hat bis jetzt das „Königreich" nur im Prinzip anerkannt und seinen diplomatischen Agenten mit Rücksicht auf ein sehr energisches und scharfes Auftreten geändert. Herr Bratiano ist zurückgetreten, eine Reihe von Absetzungen und Relegationen vollzogen worden; Rußland ist jedoch noch nicht zufriedengestellt; es fordert die Auslieferung der russischen Nihilisten, welche sich in der Moldau aufhalten.

Zwischen Rußland und der Schweiz scheinen gleichfalls lebhaft betriebene Verhandlungen zu schweben. Die „Suisse liberale" bringt in einer Korrespondenz aus Bern folgende Notiz, für welche wir ihrem Korrespondenten die Verantwortlichkeit überlassen:

„Ich glaube nach meinen Informationen behaupten zu können, daß der russische Gesandte, Herr Hamburger, vom Bundesrath nicht die Austreibung der russischen Nihilisten, sondern aller Derer, welche an dem in Genf erscheinenden „Revolte" mitarbeiten, verlangen wird. Die Zahl der visirten Personen ist 12, unter ihnen Fürst Krapotkin, welcher, ob mit Recht oder Unrecht, vermag ich nicht zu sagen, als das Haupt der Partei und der gefährlichste Flüchtling angesehen wird. Sie wissen wohl schon, daß der Bundesrath sich mit der Frage bereits befaßt hat und daß eine Art Untersuchung über die von Genf abgesandten Depeschen eingeleitet und von der Kantonsregierung ein Bericht verlangt worden ist."

Wie man sieht, handelt es sich um ein Vorgehen auf der ganzen Linie. Wir wollen den Erfolg abwarten und wollen hier nur auf die mehrfach bemerkte Thatsache aufmerksam machen, daß in der Verhandlung gegen die jüngst hingerichteten Theilnehmer am Petersburger Kaisermord keinem derselben ein Aufenthalt im Auslande oder Verbindung mit ihm nachgewiesen worden ist.

— Dem Reichstage ist der Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung (des § 35) der Gewerbeordnung (Untersagung gewisser Gewerbebetriebe, wenn die Unzulässigkeit des Gewerbetreibenden in Bezug auf diesen Gewerbetrieb dargethan ist), soeben zugegangen. — Außerdem ist der Gesetzentwurf, betreffend die Kontrolle des Reichshaushalts ꝛc. für 1880—81, der nach Lage der Sache nur formale Bedeutung hat, dem Reichstag vorgelegt.

— Am Mittwoch (20. April) überreichten die Vertreter der Großmächte in Athen der griechischen Regierung folgende Kollektivnote:

Die Mächte haben mit Befriedigung von der Antwort der griechischen Regierung Kenntniß genommen und ihren Botschaftern zu Konstantinopel Instruktionen zum Zwecke ertheilt, sich mit der Pforte über die Räumung der abgetretenen Gebietstheile zu verständigen.

Comunduros beklagte beim Empfang der Kollektivnote, daß dieselbe der Stelle der griechischen Note von den außerhalb der Grenzlinie gebliebenen Hellenen keine Erwähnung thue. Diese Stelle ist vielfach so aufgefaßt worden, als verlange Griechenland damit die Autonomie für Epirus. Die Mächte haben das überhört. Gestern hat, wie aus Athen berichtet wird, ein Ministerrath stattgefunden, welcher etwa 4 Stunden dauerte. Die Antwort der griechischen Regierung auf die Kollektivnote der Mächte soll den Gesandten der letzteren heute überreicht werden.

Es kann daher wiederum ein sehr verklausulirtes Aktenstück erwartet werden.

Ueber den Aufstand in Nordalbanien wird aus Saloniki über Athen berichtet, daß bei Skopia in Albanien zwischen türkischen Truppen und Aufständischen ein Scharmützel stattgefunden habe. Sämmtliche in Saloniki stehenden Truppen haben den Befehl erhalten, sich unverzüglich nach Skopia zu begeben. Nach Berichten Wiener Blätter wäre dies Gefecht sehr blutig gewesen, ohne jedoch ein entschiedenes Resultat zu geben. Die Nachrichten über den Ernst der Vorgänge in Nordalbanien werden uns von Konstantinopel aus bestätigt.

— Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt: Gegen Bismarck! lautet die Parole, welche die Fortschrittspartei für die Wahlagitation ausgegeben hat und in den Parteiblättern der Provinzen wie der einzelnen Bundesländer Widerhall findet.

Wider Bismarck! ruft also die Fortschrittspresse in das deutsche Volk hinein, und verwundert fragt sich wohl jeder Verständige: wie ist es möglich, daß die Fortschrittspartei ihren Kandidaten mit dieser Losung Eingang zu verschaffen hofft?

Indessen denke man an Aristides und das Ocherbengericht. Die Klasse von Menschen stirbt ja niemals aus, in denen der Anblick der Größe nur kleinliche Empfindungen erweckt, und die zu einem Selbstbewußtsein nur dadurch gelangen können, daß sie — das Strahlende zu schwärzen suchen.

Man wird diese Klasse von Menschen der Fortschrittspartei Preis geben müssen; aber daß die Parole: Wider Bismarck! auch über jene Klasse hinaus eine Wirkung üben könnte, glauben wir doch nicht. Schon deshalb nicht, weil die Parole nicht neu ist und schon einmal alle Diejenigen, von welchen sie ausging und welche ihr folgten, unsterblich blamirt hat.

Sie datirt schon von 1862 an, richtete sich nicht blos gegen die innere Politik des Herrn von Bismarck, sondern noch viel mehr gegen dessen deutsche Politik. Es war die Fortschrittspartei in ihrer Selbstüberschätzung, der die Politik des Herrn v. Bismarck, welchen ernsthaft zu nehmen sie sich kaum entschloß, ein mitleidiges Achselzucken abgewann, wenn sie nicht unter sittlicher Entrüstung vor dem Unheil warnte, dessen Preußen und Deutschland in Folge dieser Politik gewärtig sein müßten.

„Diesem Ministerium keinen Mann und keinen Groschen!" — „diesem Ministerium gegenüber Gewehr bei Fuß!" — war damals die Parole der Fortschrittspartei.

Sollte die Erinnerung an jene Periode bereits verloren gegangen sein — und wenn dies wider Vermuthen der Fall wäre — muß sie nicht wieder aufleben bei der Wiederaufnahme des alten Feldgeschreis? Wenn aber die alte Erinnerung wieder auflebt, wird die Partei, welche jetzt die Nation gegen Bismarck auf Grund seiner inneren Politik aufzustacheln sich bemüht, jetzt größeres Vertrauen in ihren Scharfsinn und ihre Vorhersagungsgabe beanspruchen, weil sie sich in Bezug auf die äußere Politik des Fürsten Bismarck so gründlich geirrt hat?

Freilich versäumen die Fortschrittsorgane nicht bei ihrem Rufe: wider Bismarck! zugleich eine Saite zu berühren, deren Anschlag die Geister stets in Aufregung versetzt.

Sie sprechen von den Steuern, unter deren Druck wir angeblich seufzen, und deren Vermehrung noch in Aussicht gestellt ist. Sie regen darauf zu der Schlußfolgerung an, daß, wenn erst die Politik Bismarck beseitigt wäre, der Steuerhorizont aufgehellt sein würde.

Die Fortschrittspartei spekulirt dabei auf die unklaren Vorstellungen über Staat, Regierung und Steuern, welche noch immer in den Köpfen so vieler Steuerzahler nisten, die stets geneigt sind, die jeweilige Regierung auf — Steuerdruck anzuklagen, gerade als ob „die Regierung die Steuern für sich beanspruchte, während jeder Verständige sich sagen müßte, daß im Verhältniß der wachsenden Leistungen des Staates auch die Mittel, deren der Staat bedarf, größer werden müssen, daß aber kein Pfennig vereinnahmt oder verausgabt wird ohne Zustimmung der Landes- resp. der Volksvertretung.

Das aber freilich verschweigen die Fortschrittsorgane den von ihnen allarmirten Steuerzahlern ganz und gar, daß während die Zollpolitik des Fürsten Bismarck darauf abzielt, der nationalen Arbeit den deutschen Markt zu sichern und die Konsumtionsfähigkeit durch Belebung der Produktion zu steigern: seine Steuerpolitik den Weg betreten hat, auf welchem wir zu einer gerechten Vertheilung und zu einem für den Steuerzahler minder drückenden Erhebungsmodus zu gelangen hoffen, und daß die in Aussicht genommenen neuen Steuern keineswegs blos als eine Vermehrung der Steuerlast angesehen werden können, da mit ihrer Hülfe alte Steuern beseitigt und die Kommunal-Verbände in ihren Leistungen wie in ihren Bedürfnissen erleichtert werden sollen.

Und darum — gegen Bismarck?

— Die heute aus Baden vorliegenden Mittheilungen bestätigen durchaus die von uns gestern vertretene Auffassung der dort eingetretenen Veränderung der Regierung. Der „N.-Z." wird aus Karlsruhe geschrieben:

„Eine Organisationsänderung und eine Ministeränderung zu gleicher Zeit; dabei kann man sich wohl fragen, was ist Ursache und was Wirkung. Die Thatsache selbst bleibt bestehen und ihre Bedeutung ist vollkommen klar. Der Konflikt zwischen dem Ministerialpräsidenten Stößer und der liberalen Kammermehrheit, der im Frühjahr vorigen Jahres durch das gegen Herrn Stößer ergangene Mißtrauensvotum seine Höhe erreicht hatte, konnte auf die Dauer nicht fortbestehen, ohne das liberale Regierungssystem auf das Schwerste zu schädigen. Und dieses selbst sollte nach dem Willen des Großherzogs intakt erhalten werden. Seit dem famosen Preßerlaß Stößer's, der gerade, weil er nicht so schlimm gemeint war, als ein enormer Fehler jedem Poliker erscheinen mußte, ruhten die Gerüchte von Stößer's Rücktritt nicht mehr und Alles spitzte sich scharf auf die Frage zu: Turban oder Stößer? Die Größe des inneren Gegensatzes war dabei Nebensache; es war ein konstitutioneller Konflikt und als solcher ist er jetzt ausgetragen und gelöst worden. Baden hat künftig nur noch drei Ministerien: des Innern, der Justiz, Kultus und Unterrichts und der Finanzen, also auch nur noch drei Minister im Staatsministerium: Turban, Ellstätter, der alle anderen mehrfach zu überleben scheint, und neu hinzugetreten Wilhelm Nokk. Dieser 49 Jahre alte Beamte ist Jurist, gehört aber fast in seiner ganzen Laufbahn dem Verwaltungsfach an und ist nach jeder Richtung hin entschieden freisinnig, ein Mann der Aera von 1860, Katholik noch obendrein, da heute denn doch auch nach dem Bekenntniß gefragt wird. Die Kombination Stößer-Marschall ist also gründlich beseitigt; das Land tritt in die Reichs- und Landtagswahlen ein mit vollkommen gesichertem liberalen Regierungssystem. Die Unterwühlerei des parlamentarischen durch den offiziösen Liberalismus ist gründlich beseitigt und man sieht eine klare politische Atmosphäre."

In demselben Sinne äußert sich die liberale „Bad. Landesztg.", welche ihre Erörterungen mit der Bemerkung schließt: „Hierbei wollen wir noch kurz der Gerüchte erwähnen, welche über tiefgehende Differenzen zwischen unserem leitenden Minister und dem Reichskanzler angeblich beständen. Wir glauben guten Grund zu der Versicherung zu haben, daß diese Gerüchte durchaus irrige sind." — Vielleicht waren dieselben bestimmt, die Kombination Stößer-Marschall zu fördern.

— Die Herstellung Sr. Majestät des Kaisers und Königs von dem seit voriger Woche eingetretenen Erkältungszustande ist zwar in ungestörtem Fortgange geblieben, jedoch haben Se. Majestät die sonst regelmäßigen Spazierfahrten wegen des eingetretenen rauhen Wetters noch nicht wieder aufnehmen können.

Ausland.

Petersburg, 20. April. Daß Großfürst Konstantin Rußland verläßt, gilt nunmehr als sicher.

Im Laufe der vorigen Woche begann die Polizei in der Erbsenstraße, welche die direkte Verkehrsstraße vom Winterpalais zur Zarskoje-Selo-Bahn bildet, Nachsuchungen nach Minen anzustellen, und zwar sowohl an der „rothen Brücke" (krasni most), welche über die Mojka führt, als bei der „steinernen Brücke", welche über den Katharinen-Kanal führt. Durch Taucher wurden die Brückenpfeiler mehrere Mal untersucht, endlich wurden, wie der Wiener „Presse" mitgetheilt wird, am Sonnabend an der steinernen Brücke Spuren eines Minenganges entdeckt, welche am Sonntag weiter verfolgt wurden und dazu führten, daß man einen ganzen Gang auffand, der in die Erbsenstraße hineinführte. Hierauf wurden in den nächsten Häusern Untersuchungen gepflogen und insbesondere scharf im Lokale eines Mützenmachers nachgeforscht, doch ist bis jetzt noch nicht der Anfang des Minenganges entdeckt worden.

Paris, 20. April. Die zur Besetzung der Insel Tabarka ausgerüstete Expedition ist von Bonn abgegangen. Sie besteht aus der Panzerfregatte ersten Ranges Surveillante (12 Kanonen) und den Kanonenbooten ersten Ranges Chacal und Hyene (jedes 65 Mann Besatzung und 4 Kanonen). Die Landungstruppen sind 1600 Mann stark (3 Infanterie-Regimenter und eine Genie-Abtheilung nebst zwei Gebirgskanonen) und sollten heute Morgen auf der Insel Tabarka ausgeschifft werden. Das Expeditionskorps ist ebenfalls auf dem Marsch begriffen, hat bis jetzt jedoch noch nirgends die Grenze überschritten. Ein Zusammenstoß fand auch noch nicht statt, obgleich tunesische Reiter sich in ziemlich großer Anzahl überall den Franzosen gegenüber befinden. Dieselben überwachen den Vormarsch der Franzosen. Der übrige Theil des Expeditionskorps rückt unter dem Oberbefehl des Divisionsgenerals Formegol de Rostguenard (sein Generalstabschef ist Oberst Fürst von Polignac) in folgender Weise vor: Kolonne der Linken. Oberbefehlshaber Divisionsgeneral Delebecque. Brigade Vincendon. 1 Jägerbataillon zu Fuß, 6 Bataillone Infanterie. Brigade Galland: 5 Bataillone Infanterie, 1 Jägerbataillon zu Fuß. Brigade Ritter: 5 Infan-

teriebataillone, 1 Bataillon Jäger zu Fuß. Divisionstruppen: 1 Schwadron Husaren, 1 Schwadron Spahis, 2 Batterien Gebirgsartillerie von 80 mm., 2 Batterien 4pfündige, 2 Kompagnien vom Genie. Kolonne der Rechten. Oberbefehlshaber Brigadegeneral de Logerot. Brigade Logerot: 3 Zuavenbataillone, 2 algerische Tirailleurbataillone, 2 Infanteriebataillone. Brigade de Brem: 4 Infanteriebataillone, 1 Jägerbataillon zu Fuß. Brigade Gaume: 3 Schwadronen Jäger zu Pferd, 3 Schwadronen Husaren, 2 Schwadronen afrikanischer Jäger zu Pferd, 1 Schwadron Spahis. Divisionstruppen: 3 Schwadronen Jäger zu Pferd, 4 Gebirgsbatterien von 80 mm., 1 berittene Batterie von 80 mm, 1 Geniekompagnie. Wie die Depeschen von Bona vom 19. melden, ist das Expeditionskorps mit Allem reichlich versehen und alle Vorsichtsmaßregeln sind getroffen, um die Gesundheit der Truppen zu schützen. Die Soldaten dürfen sich nicht nach den Brunnen begeben, um sich zu erfrischen. Dieser Vorschrift zuwider handelten die Soldaten des 40. Regiments, das sich von Bona nach El Aiun begab. Der General Vincendon belegte den Obersten mit einer strengen Strafe und der Kriegsminister, dem die Sache mitgetheilt wurde, ließ ihn sofort nach Frankreich zurückberufen und gab ihm einen Nachfolger. Die Truppenabsendung nach dem Kriegsschauplatze dauert fort. Zwei Bataillone des 84. Regiments (im Ganzen 966 Soldaten und Offiziere) wurden gestern nach Algerien eingeschifft. Dies geschieht, weil man keineswegs über Algerien beruhigt ist. In Kabylien sollen sogar Unruhen stattgefunden haben. Das tunesische „Armeekorps", das unter dem Oberbefehl des Thronerben von Tunis steht, rückt gegen die Grenze vor. Betreffs des Vorfalls auf der Insel Tabarka, wo die Soldaten des Bey auf das französische Kanonenboot Hyene schossen, vernimmt man, daß der Bey dem französischen Generalkonsul Roustan, der ihn wegen dieses Vorfalles zur Rede stellte, antwortete, daß seine Truppen blind gefeuert hätten. Die Nachrichten von der tunesisch-französischen Grenze laufen äußerst spärlich ein. Die französischen Befehlshaber lassen nämlich keine Depeschen durch, welche über die dortige Lage den geringsten Aufschluß geben könnten.

Ein Berichterstatter des „Standard" meldet unterm 19. d. M. aus La Calle: Die Truppen verließen das Lager Oued bei Gouergouer gestern früh 3 Uhr. Ich begleitete sie eine Strecke von 10 Km. auf dem Marsche nach dem 30 Km. von Gouergouer entfernten Roumal Souk. Gestern erlag ein Mann dem Sonnenstich. Heute weht der Sirocco, während ein zweimal größerer Marsch in Aussicht steht. Die Verluste werden sich daher heute höher belaufen. Das Klima ist ein schlimmerer Gegner als die Grenzstämme. Ich besuchte heute den berühmten Panariello, der uns erzählte, daß das französische Kanonenboot „Hyene", als es an der Krumirküste kreuzte, beschossen wurde, das Feuer jedoch nicht erwiderte, sondern von den tunesischen Behörden in Tabarka die Verhaftung der Krumirs verlangte; dieselben sollen auch festgenommen worden sein. Panariello ist der Mann, welcher dem Generalstab Mittheilungen über die Topographie des Krumirlandes machte; er ist der einzige Weiße, welcher in das Land gedrungen ist. Er erklärt aufs Bestimmteste, daß die Krumirs keinen Widerstand leisten würden. Sie seien keine intelligente Rasse; das Land sei für einen Feldzug sehr ungünstig. Die einmarschirende Armee müsse alles, sogar das Wasser, mitschleppen. Ernstlich beginnt der Feldzug erst in einigen Tagen.

Kandahar, 17. April. Die Räumung Kandahars hat endlich begonnen. Heute früh marschirten das 8. bengalische Kavallerie-Regiment und das 4. und 10. bengalische Infanterie-Regiment unter dem Befehl des Brigadegenerals Henderton aus. Der Rest seiner Brigade, nämlich eine Feldbatterie und das 7. Infanterie-Regiment, geht morgen ab. Brigadegeneral Conton mit den 78er Hochländern, eine Feldbatterie, dem 17. bengalischen eingeborenen Regiment und dem 1. Beludschistan-Regiment marschiren am 20. d. und der Rest der Truppen, welchen sich General Hume und der Generalstab anschließen, am 22. ds. Der Gouverneur des Emirs, Sirdar Mahomed Hashim Khan, hielt gestern Morgen seinen feierlichen Einzug in die Stadt. Die Truppen bildeten Spalier in den Straßen, eine Ehrenwache war im Hofe seines Hauses aufgestellt und 17 Salutschüsse wurden bei seinem Betreten der Stadt abgefeuert. Kurz nach seiner Ankunft stattete er dem Oberst St. John einen Besuch ab, den dieser Nachmittags erwiderte. Später ritt er ins Lager, um den General Hume zu begrüßen, welcher den Besuch heute Vormittag erwiderte. Der Sirdar ist ein tölpelhaft aussehender Jüngling im Alter von 19—20 Jahren mit schlechteren Manieren, als dies gewöhnlich unter jungen afghanischen Edelleuten der Fall ist. Es erklärt sich dies dadurch, daß er unter dem Stamm seiner Mutter, den wilden Turis des Kuram-Thales, auferzogen wurde. Sirdar Shamsuddin Khan, der eigentliche Gouverneur, ist ein intelligent aussehender Mann von 45 Jahren. Große Volksmassen hatten sich in den Straßen angesammelt, um den Einzug mit anzusehen; allein es bekundete sich keine Begeisterung wie vor zwei Jahren bei der Ankunft von Sirdar Schir Ali Khan, dem Ex-Wali. Die etwa 1000 Mann zählende Kabuler Kavallerie zog diesen Morgen an der Stadt vorüber, nm den gestern von unserer Kavallerie geräumten Vorposten am Khokaran zu besetzen. Die Infanterie und die Kanonen befinden sich noch immer in einiger Entfernung und werden erst nach unserm Abmarsch am 22. ds. in die Stadt einziehen, während ein Tags zuvor eintreffendes Regiment die städtischen Thore und die Citadelle besetzt. Es wird offen angekündigt, daß der Emir im nächsten Monat selbst mit mehr Truppen nach Kandahar kommen und Herat sofort angreifen werde. Aus Herat treffen fortwährend alle möglichen Gerüchte ein; allein es scheint, daß Ejub seine ganze Macht darauf vereinigt, sich gegen den gedrohten Angriff von Turkestan her vorzubereiten.

Provinzielles.

Stettin, 21. April. Aus Stolpmünde wird geschrieben: Vor ungefähr 8 Tagen kamen 3 offene schwedische Fischerboote mit zusammen 10 Mann Besatzung in den hiesigen Hafen, um von hier aus, wie auch schon in früheren Jahren, den Lachs- und Heringsfang auszuüben. Sämmtliche 3 Boote gingen gestern gegen Abend bei ziemlich lebhaftem Westwinde in See, um über Nacht zu fischen. Obgleich der Wind während der Nacht zum Nordweststurm überging, kamen die beiden größeren Boote bei Tagesanbruch doch glücklich in den Hafen. Das kleinere Boot, mit 2 jungen Menschen von etwa 16 Jahren besetzt, sah man um die 6. Morgenstunde vom Lande aus etwa 1/2 Meile in See mit Sturm und Wellen kämpfen, bis es plötzlich vor den Augen der Beobachtenden verschwand. Jedenfalls ist das Boot umgeschlagen und die beiden jungen Leute sind ertrunken. Von hier aus konnte der hohen See wegen keine Hülfe gebracht werden. Der Vater des einen Verunglückten sah vom Lande aus das Kentern des Bootes, ohne seinem Sohne helfen zu können.

— Jede nach der preußischen Stemgelgesetzgebung stempelpflichtige Urkunde ist nach einem Urtheil des Reichsgerichts, III. Straffenats, vom 9. Februar d. J., mit einem Stempel zu versehen, auch wenn der in der Urkunde enthaltene Vertrag in Folge von Umständen, die aus der Urkunde nicht ersichtlich sind, ungültig ist. Die Stempelstrafe ist bei Unterlassung der Stempelung einer derartigen Urkunde verwirkt, auch wenn der Pflichtige in der Meinung, daß die Ungültigkeit des in der Urkunde enthaltenen Vertrages von der Stempelpflicht entbinde, die Stempelung unterlassen hatte.

— Dem Pastor Abel zu Lindenberg im Kreise Demmin ist der Rothe Adler-Orden vierter Klasse verliehen worden.

— Der Regierungs-Rath von Bülow hierselbst ist zum Ober-Regierungs-Rath ernannt worden und dem Ober-Präsidenten von Pommern beigegeben worden, ebenso ist der Landrath Graf Clairon d'Haussonville in Rosenberg O.-Schl. zum Ober-Regierungs-Rath ernannt und dem Regierungs-Präsidenten in Cöslin beigegeben worden.

— Es ist darauf hingewiesen worden, daß nach den neuen Gesetzvorschriften Militärpflichtige, welche auch in ihrem dritten Militärpflichtjahre wegen Mindermaßes nicht zur Aushebung geeignet sind, wohl aber ihrer Gesundheit und ihrem Körperbau nach den Anforderungen des Dienstes gewachsen erscheinen, als „wegen eines geringen körperlichen Fehlers bedingt tauglich" vorzugsweise der Ersatzreserve erster Klasse überwiesen werden sollen. Bisher wurden sie für dauernd untauglich erklärt und aus jeglichem Militärverbande entlassen, so daß sie nicht einmal zum Landsturm überzutreten brauchten. Ferner sind die im Traindienst ausgebildeten Mannschaften der Kavallerie als Train-Aufsichtspersonal zum Beurlaubtenstande des Trains überzuführen, auch kann von den zur Entlassung kommenden Mannschaften der Kavallerie nach näherer Bestimmung des General-Kommandos jährlich eine nach dem Bedarf im Mobilmachungsfalle zu bemessende Zahl als Pferdewärter zur Reserve des Trains beurlaubt werden. — Nachdem in Folge des Gesetzes über die Organisation der allgemeinen Landesverwaltung der Erlaß von Polizeiverordnungen zumeist auf die Regierungspräsidenten übergegangen ist, haben diese über die Art der Verkündigung orts- und kreispolizeilicher Vorschriften sowie über die Form, von deren Beobachtung die Gültigkeit abhängt, die näheren Anordnungen für ihre Bezirke zu treffen und bekannt zu machen.

— Personal-Chronik. Gestorben: der Steuer-Amts-Assistent Ockermann in Greifenberg. — Befördert oder versetzt: der Büreau-Assistent Klockow in Stettin zum Provinzial-Steuer-Sekretär daselbst, der Büreau-Assistent Kasack in Köln in gleicher Eigenschaft nach Stettin, der Haupt-Amts-Assistent Nizze in Stralsund als Büreau-Assistent nach Stettin, der Steuer-Aufseher Borchardt in Stettin zum Büreau-Assistent daselbst, der komm. beritt. Grenz-Aufseher Barfknecht in Cöslin als Steuer-Aufseher nach Stettin, der komm. Grenz-Aufseher Kornstädt in Swinemünde als Steuer-Aufseher nach Stettin, Wilhelm August Schultz, Steuer-Aufseher in Gr. Crössin, in gleicher Eigenschaft nach Stettin, der Grenz-Aufseher Kelm in Lobbe a. R. als Steuer-Aufseher nach Stettin, der Grenz-Aufseher Hannemann in Stolpmünde als Steuer-Aufseher nach Stettin. — Neu angestellt: der pensionirte Gendarm Ferdinand Tiede in Stettin als Grenz-Aufseher in Swinemünde. — Definitiv als Vollziehungsbeamte angestellt: der provisorische Vollziehungsbeamte Falk in Treptow a. R., der Kreis-Exekutor Grünberg in Swinemünde, die provis. Vollziehungsbeamten Noah in Greifenberg, Bandlow in Wollin, Hauptmann in Cammin, Lückert in Anklam, Peters und Neumann in Demmin, Eichel in Pasewalk, Redlich in Treptow a. T., der Kreis-Exekutor Sankowsky in Ueckermünde, die provis. Vollziehungsbeamten Granzow in Labes, Dargatz und Günther in Stargard i. Pomm., Schmidt in Bahn, Meißner in Gollnow, Bürger in Greifenhagen, Neitzel in Nörenberg, der Kreis-Exekutor Giese in Naugard als Vollziehungsbeamter in Massow, der provis. Vollziehungsbeamte Pieper in Naugard, der Kreis-Exekutor Tiede in Greifenhagen als Vollziehungsbeamter in Pyritz, die provisorischen Vollziehungsbeamten Bliese, Denzin, Fischer, Trettin, Kobs und Kreis-Exekutor Grünwaldt in Stettin, die provis. Vollziehungsbeamten Freese in Gartz a. O. und Handt in Pölitz.

— Der am 10. August v. Js. erfolgten Wahl des Kämmerers Manstein zu Grabow zum Bürgermeister der Stadt Arnswalde wurde, wie wir s. Z. mitgetheilt, die Genehmigung der königl. Regierung versagt und wurde in Folge dessen innerhalb sechs Wochen eine Neuwahl angeordnet. Die Stadtverordneten in Arnswalde beharrten indeß bei ihrer Wahl, erbaten Aufschub und wurden bei den höheren Behörden vorstellig. Vorgestern ist nun die Bestätigung des Herrn Manstein zum Bürgermeister eingetroffen und wird derselbe voraussichtlich sein Amt baldigst antreten, da die städtischen Behörden in Grabow sich bereit erklärt haben, Herrn M. sofort von seinem Amte zu entbinden.

Vermischtes.

— In der Wiener „Presse" finden wir eine Anzahl interessanter Mittheilungen aus dem Leben des verstorbenen Lord Beaconsfield, die für uns um so interessanter sind, als sie sich auf Beaconsfields Aufenthalt in Berlin beziehen.

Zur Zeit des Berliner Kongresses war Beaconsfield der vom Publikum gefeiertste unter den anwesenden Diplomaten. Das Hotel „Kaiserhof", dessen erste Etage er mit seinem Personal bewohnte, war stets von Neugierigen umlagert und wenn dann Beaconsfield stets am Arme seines ersten Sekretärs Mr. Carey die Treppe herabkam, um sich in den Kongreßsaal zu begeben, bildete das Publikum Spalier und folgte ihm bis zum Reichskanzlerpalais in der Wilhelmstraße. Beaconsfield ging immer zu Fuße und befand sich stets in so eifrigem Gespräche mit seinem Sekretär, daß er die ihn umgebende Menge kaum beachtete. Einmal, es war ein Regentag, geschah es, daß Beaconsfield, der unter dem Regenschirm seines Sekretärs einherging, in der Nähe des Palais des Prinzen Karl sein Taschentuch verlor. Ein echter und rechter Berliner hob das Tuch, dessen Weiße bereits unter dem Straßenkothe bedenklich gelitten hatte, auf, lief dem Diplomaten nach und überreichte es ihm. Als aber Beaconsfield das Tuch einstecken wollte, bat ihn der Berliner, er möge ihm dasselbe zum Andenken an die Stunde, in der er das Glück hatte, den großen Staatsmann ansprechen zu dürfen, überlassen. Weder Beaconsfield noch sein Sekretär waren der deutschen Sprache mächtig und verstanden somit kein Wort von dem Wunsche des Berliners, sie merkten aber, daß dieser etwas wolle und der Sekretär suchte rasch in seinem Portemonnaie nach einer Münze. Als diese refusirt wurde, nahm Beaconsfield seine Karte und schrieb unter der Thoreinfahrt des Kanzlerpalais in englischer Sprache auf dieselbe: „Wir verstehen nicht deutsch, kommen Sie morgen Mittag 12 Uhr zu mir." Der glückliche Berliner kam pünktlich. Einer der Sekretäre, der sehr gut deutsch sprach, diente als Dolmetsch. Als nun der Premier endlich das Begehren des Berliners erfuhr, holte er sein photographisches Bild und schrieb auf die Rückseite in englischer Sprache wörtlich Folgendes: „Sie wollten ein Tuch, das ehemals weiß gewesen und nun durch einen Fall schwarz geworden ist; nehmen Sie zum Ersatz einen Mann, der leider weiß geworden ist, trotzdem er vielfach angeschwärzt wurde und noch immer nicht gefallen ist."

Fürst Bismarck erschien bekanntlich in der ersten Kongreßsitzung mit einem weißen Vollbarte. Sämmtliche Diplomaten, die den Mann mit den historischen drei Kopfhaaren auch nur mit dem historischen Schnurrbart kannten, machten über diese Veränderung in dem Gesichte des eisernen Kanzlers ihre Glossen. Bald hieß es, Bismarck habe den Vollbart mitgebracht, damit er nicht das Aussehen des rauhen Kürassiers, sondern des liebevollen Kongreßvaters habe; dann wieder, er habe den Bart nur, damit ihm die anderen Bevollmächtigten besser „um den Bart kriechen könnten." Niemand aber wagte es, den Kanzler direkt wegen der Veränderung zu interpelliren. Beaconsfield allein that dies vor Beginn der zweiten Kongreßsitzung mit den Worten: „Durchlaucht haben sich so gut maskirt, daß wir im ersten Augenblick Sie gar nicht erkannt haben. Aber Sie werden die Maske fallen lassen müssen, bevor der Tanz beginnt, wenigstens kann dann Niemand von Ihnen verlangen, daß Sie noch Haare lassen." Bismarck lachte — und erschien zur 3. Sitzung ohne Vollbart.

* * *

Bei dem großen Paradediner im Weißen Saal des königlichen Schlosses, dem der deutsche Kronprinz präsidirte, saß Beaconsfield der Kronprinzessin gegenüber, die mit ihm über den Tisch hinüber viel konversirte. In dem dunklen englischen Gala-Staatsfrack machte der lange, hagere Diplomat mit dem kleinen Zipfelbärtchen im Gesicht, einen fast komischen Eindruck, aber sobald er zu sprechen begann, gewann der ganze Mann. Das Auge blitzte und belebte das Gesicht in seltenem Grade. Bismarck, zu dessen Linken Beaconsfield saß, plauderte viel mit ihm und machte ihn bald auf die prächtige Architektur des schönen Saales, bald auf ein Musikstück u. s. w. aufmerksam. Als der Kronprinz sich erhoben und damit das Diner sein Ende gefunden hatte, wollte Beaconsfield zum Andenken an das Fest einige mit dem Bilde des deutschen Kaisers und des Kronprinzen geschmückte Bonbons einstecken. In demselben Augenblicke aber nahm ihn Bismarck unter den Arm und wollte ihn in das große Theezimmer führen. Beaconsfield, dem schon zwei von den Bonbons aus der Hand gefallen waren, sagte so laut, daß es viele der umstehenden Diplomaten hörten: „Das muß man dem Fürsten lassen, er giebt Niemandem was, dafür gestattet er aber auch nicht, daß sich Jemand etwas nehme." Bismarck entdeckte jetzt erst, daß er den englischen Premier in seinem Raubzuge gestört, half ihm nun selbst mit und sagte lächelnd: „Ich gebe allerdings nichts, aber zu einer gesunden Allianz bin ich, wie Sie sehen, immer zu haben."

— Aus Rußland trifft wieder eine recht seltsame Mähr von der Verwechselung einer Leiche ein. Die „Volksztg." erhält darüber folgende Mittheilung: „Vor kurzer Zeit starb bekanntlich in Frankreich der berühmte Musiker Nikolaus Rubinstein; da derselbe in Moskau seine Heimath hatte, wo er als Professor an dem Konservatorium lange Jahre hindurch gewirkt hatte, so ließ sein Bruder Anton Rubinstein die Leiche nach Moskau überführen, wo dieselbe mit großartigem Pomp in die Gruft eingesenkt wurde. An dieser Feier betheiligte sich ganz Moskau. Die Beerdigung fand am Abend statt, man hatte die Straße, durch welche sich der Trauerzug bewegte, glänzend erleuchtet, ebenso den Kirchhof. Das Grab umstanden alle Künstler, die städtischen Behörden und der Adel Moskaus. Die Schüler des Konservatoriums sangen ein Requiem und schmückten den Hügel mit Blumen. Nach der Beerdigung fand — wie es in Rußland der Brauch — ein Gastmahl statt, bei welchem man das Andenken des Künstlers durch Reden feierte — Drei Tage nach dieser Todtenfeier kam aus Wilna eine Benachrichtigung an die Freunde des Verstorbenen, welche die größte Bestürzung hervorrief. Dort hatte eine Adelsfamilie die Leiche einer jungen Frau erwartet, die in Paris gestorben war. Die Familie öffnete den Sarg, allein statt der weiblichen fand sie eine männliche Leiche in dem Schrein. Längere Recherchen ergaben, daß der Todte in Wilna Nikolaus Rubinstein sei, und daß man in Moskau, wo Niemand daran dachte, den Sarg zu öffnen, eine Frau bestattet habe. Die Freunde des Verstorbenen befinden sich in der peinlichsten Verlegenheit und wissen kaum, ob sie noch eine Feier veranstalten, oder ob sie ohne jedes Aufsehen die verschickten irdischen Reste des Künstlers beisetzen sollen" — Das Journal „Strana" erklärt dieses Vorkommniß dadurch, daß von drei zu gleicher Zeit angekommenen Särgen der russische Eisenbahnbeamte einen Sarg aufs Gerathewohl der Deputation übergeben habe. — Wie gesagt, das klingt wie ein Märchen, aber in Rußland ist viel, — sehr viel möglich.

Telegraphische Depeschen.

Braunschweig, 22. April. Der Herzog hat anläßlich der bevorstehenden Jubelfeier seines Regierungsantrittes aus seiner Privatschatulle 10,000 Mark für die Armen der hiesigen Stadt bewilligt. Der Landtag ist heute wieder zusammengetreten.

Wien, 21. April. Bei der heute stattgehabten Reichsrathswahl in der innern Stadt Wien wurde der Kandidat der deutsch-liberalen Partei Dr. Moriz Weitlof mit 1333 von 1379 Stimmen gewählt.

Wien, 22. April. Aus Albanien liegen in den heutigen Blättern alarmirende Nachrichten vor. Derwisch Pascha, der mit 10,000 Mann von Ueskyp gegen Pristina vormarschirte, um Ali Pascha von Gussinge zur Unterwerfung zu veranlassen, stieß mehrere Stunden vor erstgenanntem Orte auf 15,000 Albanesen, mit denen sich ein blutiger, einen halben Tag dauernder Kampf entspann. Die Albanesen wurden zwar geschlagen, doch telegraphirte Derwisch Pascha nach Konstantinopel, daß man ihm, bevor er den Weitermarsch antreten könne, Verstärkungen schicken müsse.

Wien, 22. April. Kronprinz Rudolf ist im besten Wohlsein hier wieder eingetroffen und am Bahnhofe von dem Kaiser empfangen worden. Das zahlreich anwesende Publikum empfing den Kronprinz mit sympathischen Zurufen.

Petersburg, 22. April. An dem diesjährigen Osterfeste wird, wie der „Regierungsbote" meldet, sowohl der Kirchgang der allerhöchsten Herrschaften als auch der Gratulationsempfang unterbleiben.

Den Privat-Theatern ist gestattet worden, die Vorstellungen vom 2. Mai ab wieder zu beginnen.

Moskau, 22. April. Gestern Nacht wurden zwei Individuen arretirt, welche an 7 Stellen Proklamationen revolutionären Inhalts angeklebt hatten.

Philadelphia, 22. April. Der Gerichtshof hat unter Annullirung drr früheren Entscheidung vom 18. November v. J. erklärt, daß die Emission von Obligationen der Philadelphia-Reading Eisenbahn gesetzwidrig sei.

London, 22. April. Die Leiche Lord Beaconsfields wird am nächsten Dienstag in der Familiengruft zu Hughenden beigesetzt.

Der Premier Gladstone beabsichtigt am nächsten Montag in der Sitzung des Unterhauses ein Beileidsvotum anläßlich des Ablebens Lord Beaconsfields zu beantragen und das Haus zu ersuchen, als Zeichen der Achtung für das Andenken des Verstorbenen die Sitzung sofort aufzuheben.